



## Nach dem Golfkrieg: Pakistan in der Krise

Nach der Zerreißprobe des Golfkrieges bewegt sich die zerbrechliche Demokratie der Islamischen Republik Pakistan am Rande des Abgrunds. Zwar ist mit dem Sieg der Alliierten auch die massive Protestbewegung gegen die USA und die pro-amerikanische Politik Islamabad der Regierung Nawaz Sharifs abgeflaut, und auf den ersten Blick scheint der Premierminister, nun seit fünf Monaten im Amt, seine Feuertaufe bestanden zu haben. Aber bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die pakistanische Politlandschaft als Scherbenhaufen. Wie ein Katalysator hat der Krieg die schon seit einiger Zeit hinter den Kulissen schwelenden Konflikte zwischen den im regierenden Parteienbündnis 'Islami Jamhoori Ittehad' (IJI) zusammengeschlossenen Einzelparteien offen ausbrechen lassen. Ebenso bedrohlich für die Handlungsfähigkeit der Regierung und der Stabilität Pakistans sind die anhaltenden Kompetenzstreitigkeiten zwischen Nawaz Sharif, Armeechef Aslam Beg und Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan, die um die Frage der Stationierung pakistanischer Truppen in Saudi Arabien entbrannt sind. Rat- und hilflos sieht sich die Regierung mit einer islamisch-fundamentalistischen Massenbewegung konfrontiert, die sich auf den Straßen des Landes als potentieller Machtfaktor erwiesen hat, und durch keine der etablierten Parteien repräsentiert wird.

### Pakistanische Truppen

Nur langsam erholt sich die politische Klasse von dem Schock, den die heftigen Reaktionen auf den Golfkrieg ausgelöst haben. Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen waren ein deutliches Anzeichen dafür, daß sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht mehr durch die Außenpolitik der Regierung vertreten fühlte. Ihre Haltung in der Krise war gekennzeichnet durch Verurteilung des irakischen Überfalls auf Kuwait, Unterstützung der UN-Resolution und des Wirtschafts- und Handelsboykotts gegen den Irak, und die Entsendung eines zuletzt 11.000 Mann starken Truppenkontingents nach Saudi Arabien.

Schon vor dem Ausbruch des Krieges war dieser außenpolitische Kurs ganz auf Linie der USA in der Öffentlichkeit umstritten. Kritik wurde vor allem von führenden islamischen Geistlichen geübt, die die Anwesenheit amerikanischer und europäischer Truppen im Land der heiligen Städte Mekka und Medina verurteilten und die Golfkrise als innerislamisches Problem behandelt wissen wollten (siehe auch Interview). Politische Stoßkraft entfaltete diese Position durch eine monatelange Kampagne während der Freitagsgottesdienste in vielen Moscheen gegen die "westliche Kultur der Ungläubigen" im allgemeinen, und den "Imperialismus der Amerikaner und Israelis" im besonderen.

Zunächst jedoch waren die Sympatien keineswegs auf der Seite Saddam Husseins, denn der durch den Überfall Kuwaits ausgelöste Exodus Zehntausender pakistanischer Gastarbeiter aus der Golfregion bedeutete für zahllose Familien von einem Tag auf den anderen bittere Not. Der Ausfall der Lohnüberweisungen in harten Devisen ist für die leeren pakistanischen Kassen und vor allem für die Außenhandelsbilanz katastrophal.

Außerdem genoß die Golfkrise bis kurz vor Ausbruch des Krieges nur das geteilte Interesse der Öffentlichkeit, denn für Politiker und Medien gab es drängendere Probleme. Zunächst drohte der im vergangenen Sommer wieder aufgeflamte Kaschmirkonflikt zum offenen Krieg mit Indien zu eskalieren. Dann sorgten blutige Unruhen in der Provinz Sindh für Schlagzeilen, und schließlich stürzte die Entlassung Benazir Bhuttos als Premierministerin Pakistan in eine Regierungskrise, die das Land bis zu den Wahlen Ende Oktober letzten Jahres in Atem hielt. Erst die im November durchgesetzte Erhöhung der Benzinpreise um 41 Prozent mit fatalen Folgen für die Lebenshaltungskosten insgesamt machte allen klar, in welchem Maße auch in Pakistan jeder einzelne vom Geschehen am Golf betroffen ist.

Was sich aber dann ab dem 17. Januar als spontane Reaktion auf den Beginn der alliierten militärischen Offensive abspielte, überraschte Regierungs- und Oppositionspolitiker gleichermaßen völlig unvorbereitet. Ohnmächtige Wut entlud sich dann, als auf zahllosen Massenkundgebungen immer wieder amerikanische Flaggen und Bilder von Präsident George Bush verbrannt wurden, Redner die Ausweisung des amerikanischen Botschafters forderten und Demonstranten sich zu Protestmärschen in Richtung der diplomatischen Vertretungen der USA formierten. Schüler und Studenten boykottierten den Unterricht, Geschäfte blieben geschlossen und die meisten Beamten erschienen nicht am Arbeitsplatz. Einige religiöse Führer riefen sogar den heiligen Krieg aus und drohten öffentlich mit Mobilisierung Freiwilliger zur Verteidigung des Irak. Gleichsam über Nacht wurde Saddam Hussein zum gefeierten Helden der Massen, dessen Poster in den Bazaren reißenden Absatz fand. Die Regierung wußte sich nicht anders zu helfen, als den Handel mit dem Konterfei des Diktators zu verbieten. Als Erklärung für die pro-irakische Sympathiewelle fiel dem Premier nur die These ein, daß diese von vom Irak bezahlten Provokateuren inszeniert worden sei.

### Zunehmende Isolierung der Regierung

Die Kriminalisierung der Massenbewegung führte zur Isolierung der Regierung, die zunächst trotzig und einsam den einmal eingeschlagenen Kurs weiterverfolgte. Einziges Zugeständnis an den enormen Druck von der





Die Golfkrise hat große Probleme für die pakistanische Bevölkerung gebracht (Foto: Heinz Stachelscheidt)

Straße war eine in Radio und Fernsehen übertragene Ansprache, in der Nawaz Sharif vorsichtig die Möglichkeit eines Ausscherens aus der anti-irakischen Allianz für den Fall andeutete, daß Israel in das Kriegsgeschehen eingreifen sollte. Zahlreiche Reisen in vom Krieg betroffene Länder sollten der Bevölkerung daheim den Eindruck vermitteln, daß sich der Regierungschef redlich um eine friedliche Lösung des Konfliktes bemühe. Doch die vollmundig als "Friedensmission" titulierte diplomatischen Aktivitäten Sharifs verfehlten ihren Zweck, da sie im In- und Ausland weitgehend unbeachtet blieben. Die iranische Führung zum Beispiel legte schon am Tag nach den Gesprächen mit dem pakistanischen Regierungschef einen eigenen Fünf-Punkte-Plan vor, der dagegen weltweit auf Interesse stieß.

Einzig die Bemühung Sharifs, in Islamabad eine Außenministerkonferenz der islamischen Länder zum Thema Golf einzuberufen, hätte in Pakistan ein positives Echo erzielen können, wenn dies der eigene Armeeführer nicht mit einem spektakulären Auftritt verhindert hätte. Nur wenige Stunden vor der ersten Pressekonferenz des gerade von seiner Reise ins Krisengebiet zurückgekehrten Premiers präsentierte General Mirza Aslam Beg der Überraschten Öffentlichkeit eine eigene Analyse der Situation im Mittleren Osten, die radikal von den Positionen der offiziellen Regierungspolitik abwich. In einer Rede vor hohen Offizieren behauptete Beg, daß der Irak zur Invasion in Kuwait ermuntert worden sei, um einen Vorwand für einen Krieg gegen den Irak zu haben. Weiter lobte er Saddam Hussein als Verteidiger des islamischen Glaubens und zeigte großes Verständnis für die pro-irakischen und pro-islamischen Demonstrationen in Pakistan.

#### Regierung unterlaufen

Die Sensation, daß der oberste Befehlshaber der Armee trotz pakistanischer Truppen in Saudi Arabien seine Sympathien für den irakischen Diktator bekundete, sich damit offen von der Golfpolitik Sharifs distanzierte und somit in die Rolle des Sprechers der Oppositionsbewegung zu schlüpfen versuchte, stellte die Pressekonferenz des Premierministers auf den Kopf. Die Journalisten bestürmten den darauf nicht vorbereiteten Nawaz Sharif mit Fragen zu den Bemerkungen des Generals. Sharifs Friedensinitiative war vergessen.

Wie ernst die Lage zu diesem Zeitpunkt für die Regierung und möglicherweise für die gesamte politische Ordnung war, zeigte sich nur zwei Tage später: Präsident Ghulam Ishaq Khan nutzte ein Treffen mit den führenden Geistlichen, um in einer Absprache die Militärs vor eventuellen Putschabsichten zu warnen, indem er an die verhängnisvollen Folgen für die demokratische Entwicklung des Landes erinnerte.

Den meisten Beobachtern fällt es jedoch schwer zu glauben, daß der Präsident, der als schlauer Taktiker gilt, bei einem Machtkampf mit der Armee an der Seite der gegenwärtigen zivilen Regierung zu finden wäre. Die Versuchung, die Macht selbst zu übernehmen, ist für die Militärs auf jeden Fall gewachsen, wofür eine Reihe von Faktoren sprechen. Wie die Auseinandersetzungen um die richtige Golfpolitik gezeigt haben, hat die militärische Führung von der zukünftigen außenpolitischen Ausrichtung Pakistans und der anzustrebenden Rolle in der Region völlig andere Vorstellungen als die politische Führung. Die Sehnsucht nach Abkoppelung von amerikanischen Interessen und Einflüssen ist groß.



Trotz der ungelösten wirtschaftlichen Probleme und der damit verbundenen Abhängigkeit von gerade auch amerikanischen Krediten, erscheint vielen das Ziel militärischer Stärke und nationaler Größe erstrebenswert.

Das hieße in der Praxis: Engere Zusammenarbeit mit dem iranischen Nachbarn, die Übernahme einer dynamischeren Rolle im Afghanistan-Konflikt nach geschwundenem saudi-arabischen und amerikanischen Einfluß (auch eine Folge des Golfkriegs), selbstbewußteres Auftreten gegenüber Indien im Konflikt um Kaschmir und verstärkte Unterstützung des dortigen islamischen Widerstandes.

Nawaz Sharif scheint es in den Augen der Militärs an Mut und Willen zu einer Außenpolitik mit solchen Prioritäten zu fehlen. Nach dem Krieg ist aber nicht nur den Generälen klar: Auch der moderat amerikafreundliche Kurs und pakistanische Truppen auf alliierter Seite konnten die harten Folgen für das Land am Indus nicht abfedern. Wegen der kräftig gestiegenen Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten drückt die Schuldenlast immer schwerer, Geld für Investitionen oder gar soziale Reformen fehlt. Linderung ist auch von früher großzügigen Geberländern - USA und Saudi Arabien - nicht zu erwarten.

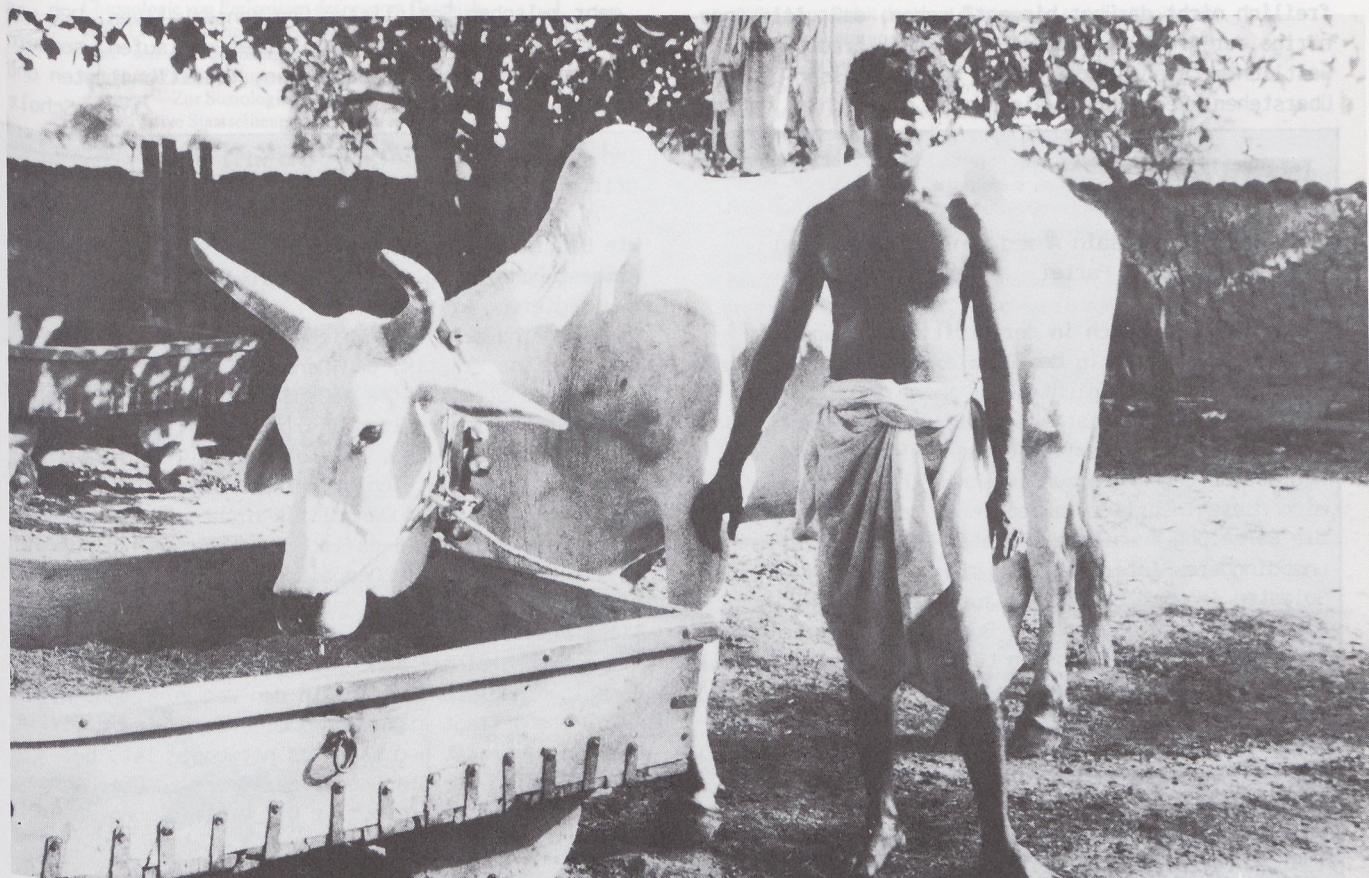
#### **Einschränkungen**

Abgesehen davon, daß angesichts der enormen Kriegs- und Kriegsfolgekosten auch die Sieger den Gürtel enger schnallen müssen und generell für Entwicklungshilfe

weniger ausgegeben wird, droht Pakistan darüber hinaus seinen Status als bevorzugtes Empfängerland zu verlieren: Die unverhohlenen pro-irakische Begeisterung der Bevölkerung während des Krieges hat die Spendierfreudigkeit der Saudis und Amerikaner doch erheblich gedämpft. Auf an eine Entlastung durch das ohnehin erst in den Kinderschuhen steckende Tourismusgeschäft ist nicht zu denken, da zahlungskräftige Ausländer in diesem Jahr die gesamte Region eher meiden dürften. Das heißt, daß die gegenwärtige Regierung mit leeren Kassen wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenübersteht. Soziale Unruhen scheinen vorprogrammiert. Zudem ist sie innenpolitisch weitgehend isoliert, der Premier ist auf dem Tiefpunkt seiner Popularität angelangt, und Streitigkeiten in den eigenen Reihen behindern trotz einer komfortablen Mehrheit im Parlament die Amtsgeschäfte.

#### **Keine Alternativen**

Aber auch von der parlamentarischen Opposition, der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) mit Benazir Bhutto an der Spitze, ist zur Zeit Alternatives nicht zu erwarten. Abgesehen davon, daß die PPP nur noch über 45 der 217 Sitze in der Nationalversammlung verfügt und damit nur noch über eine schmale Machtbasis verfügt, war auch sie nicht in der Lage, sich zur Fürsprecherin der wütenden Massen zu machen, um so verlorenen Boden zurückzugewinnen. Im Gegenteil stattete die Oppositionsführerin während des Krieges den USA demonstrativ einen Besuch ab, und schockte Freund und Feind mit ihren



Die Preise steigen - auch die pakistanischen Bauern leiden (Foto: Stachelscheidt)



Interviews, in denen sie zur Solidarität mit den Amerikanern und den Alliierten im Kampf gegen den Diktator in Bagdad aufrief.

Einzig die religiös orientierten Parteien profitieren von den anti-amerikanischen und pan-islamischen Gefühlswallungen. Bisher relativ unbedeutende Gruppierungen wie die 'Jamaat-e-Ulema-e-Pakistan' unter ihrem Chef Maulana Noorani zählten bei ihren Kundgebungen plötzlich Tausende von begeisterten Anhängern. Sie könnten auf Dauer für die etablierten Massenparteien zu einer ernsthaften Konkurrenz werden. Zu oft haben die leeren Versprechungen einer neuen Regierung die Erwartungen und Hoffnungen gerade der armen Bevölkerung enttäuscht. Nur von den Mullahs mit ihren griffigen Feindbildern und radikalen Forderungen fühlt sich das Heer der Verzweifelten verstanden und wirkungsvoll vertreten. Die Rückbesinnung auf islamische Werte und Ideale flößt außerdem neues Selbstbewußtsein ein, das nach politischer Entfaltung drängt. Das Vertrauen in die Demokratie jedenfalls ist erschüttert, wie schon die niedrige Beteiligung bei der letzten Wahl gezeigt hat. Die Begeisterung für Saddam Hussein beweist, daß sich viele nach einer starken Führerpersönlichkeit sehnen, die den Weg in eine bessere Zukunft ebnen könnte. Dies ist ein Potential, das auch eine Übernahme der Macht durch die Armee begrüßen würde, zumal General Begs öffentliche Stellungnahmen seit einiger Zeit formal und inhaltlich den Äußerungen religiöser Führer immer ähnlicher werden. Das darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Angehörige der Armee, vor allem Offiziere, traditionell westlichem Lebensstil durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Beobachter weisen aber darauf hin, daß die



General Beg (aus: 'Herald')

Generalität zunehmend Bereitschaft zeigt, eine weitere Islamisierung des Landes in Kauf zu nehmen, wenn dies der Preis sein soll für die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele.

Nawaz Sharif kann in Zukunft nur auf die Vernunft und den Weitblick aller Beteiligten hoffen, und darauf, daß sich der Westen trotz der Irritationen doch noch zu einer kräftigen Finanzspritze durchringt. Der Status quo wird langfristig auch dann kaum einzufrieren sein, denn als Fazit bleibt festzuhalten, daß durch den Golfkrieg das Machtgefüge in Pakistan in Bewegung geraten ist. Nach allem, was sich am Horizont abzeichnet, wird die innenpolitische Demarkationslinie nicht mehr zwischen Sozialisten und Konservativen, PPP und IJI, Fabrikanten und Feudalherren verlaufen, sondern zwischen Mullahs und Liberalen, Traditionalisten und Modernisten, Arm und Reich.

Jorge Scholz

## INTERVIEW

mit Amir Qazi Hussain Ahmed von der religiösen 'Jamaat-e-Islami' Partei

**Warum haben Sie sich in der strittigen Frage des Golfkrieges so heftig dem Premierminister widersetzt?**

Ich bin persönlich nicht gegen Nawaz Sharif, noch möchte ich die 'Jamaat-e-Islami' von der Macht verdrängen. Wir sind einfach gegen die amerikanische Aggression gegen ein muslimisches Land. Ich weigere mich diese Theorie zu akzeptieren, daß Präsident Bush die Befreiung Kuwaits anstrebte. Es ist ihr eigenes unabdingbares Interesse, das sie dazu getrieben hat, Soldaten im Mittleren Osten zusammenzuziehen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bush-Administration den Ölreichtum der muslimischen Länder an sich reißen will und einen Vorwand geschaffen hat, um in die Region einzufallen. Wir sollten alle erkennen, daß Amerika dabei ist, die Reichtümer der Arabischen Welt abzusaugen, und es ist sehr traurig, daß Kuwait und Saudi Arabien Bush und seinen westlichen Verbündeten die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ich möchte hier betonen, daß die USA eine neue Weltordnung durch Lähmung der Muslime in der Welt schaffen möchten. Bush ist mit aller Macht dabei, eine neue Art von

Imperialismus zu errichten und will die Muslime zu drittklassigen Menschen machen.

**Wie beurteilen Sie die wiederholten Stellungnahmen des Armeestabchefs Beg, welche indirekt die Golfpolitik der Regierung kritisieren?**

Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung, und wir dürfen diese Praktik, daß General Beg oder sonst jemand der Streitkräfte außenpolitische Stellungnahmen verbreitet, nicht dulden. Es ist das alleinige Recht der zivilen Regierung, die Außenpolitik zu formulieren, die Armee muß sich da heraus halten. Wir sollten alle einsehen, daß Außenpolitik nicht die Domäne der Armee ist. Ich denke, es ist nicht förderlich, die zivile Regierung in außenpolitischen Fragen in Schwierigkeiten zu bringen. General Beg hat einige bedenkliche Präzedenzfälle geschaffen. Ich mag mit dem, was er sagt, übereinstimmen. Aber dies ist keine Art, der gewählten Regierung Steine in den Weg zu legen. Die Bevölkerung fragt sich, warum die Armee in die zivile Ordnung eingreift und warum es notwendig ist, bei jedem Problem den Standpunkt der Armee zu übernehmen. Die Armee sollte sich nur um die Verteidigung unseres Landes kümmern.

(Auszüge aus einem Interview, das in 'Herald', Karachi, erschien. Übersetzung: Jorge Scholz)